

PLENUM 2022



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Bundestag stimmt gegen eine Impfpflicht

GABRIELA HEINRICH:

Die „Zeitenwende“ nicht nur militärisch denken

MARTINA STAMM-FIBICH:

Austausch mit der SED-Opferbeauftragten

CARSTEN TRÄGER:

30 Milliarden Euro Entlastung bei Steuern und Energie

JAN PLOBNER:

Das Ticket "9 für 90" kommt

„Nicht unvorbereitet in die nächste Welle rennen“

Trotz der gescheiterten Abstimmung über die Impfpflicht müssen wir uns dringend für den Herbst vorbereiten, sagt Martina Stamm-Fibich im Interview zur weiteren Bekämpfung des Coronavirus und der stockenden Impfkampagne.

Martina, am Donnerstag scheiterten sämtliche Anträge zur Impfpflicht im Deutschen Bundestag. Woran liegt dieses Ergebnis?

»Das hat zum einen leider parteipolitische Gründe: Wir mussten mit ansehen, wie die Union – trotz ihrer Befürwortung einer Impfpflicht im eigenen Antrag – sich bis zuletzt einer Einigung verweigert hat. Als Anfang der Woche ein Kompromissvorschlag auf dem Tisch lag, welcher der Union weit entgegenkam, signalisierten die FachpolitikerInnen zunächst Zustimmung. Das wurde allerdings aus taktischen Gründen von der Parteiführung schnell wieder einkassiert.

Wie hast Du die Debatte und die anschließende Abstimmung erlebt?

»Gewissensabstimmungen zählen oft zu den Sternstunden des Parlaments. Davon war diese Woche leider nichts zu merken. Nicht ohne Grund hatten die Regierungsfractionen die Abstimmung freigegeben – bei so einem Thema kann nur das eigene Gewissen maßgeblich für die Entscheidung sein. Die Union und die Linkspartei hatten sich aber offenbar das Ziel gesetzt, die Abstimmung entgegen den eigenen Überzeugungen scheitern zu lassen, um anschließend über ein Scheitern der Regierung zu fabulieren. Das war der Angelegenheit unwürdig.



„Wir brauchen eigene Daten und Zahlen“

Martina Stamm-Fibich zur Abstimmung über die Impfpflicht.

Das Coronavirus ist aber nicht aus der Welt. Wir müssen für den Herbst wieder mit steigenden Fallzahlen rechnen – im schlimmsten Fall mit einer gefährlicheren Variante als Omikron. Was muss nun geschehen?

»Die Impfpflicht wäre nur ein Teil der Maßnahmen gewesen. Für mich ist

die Einrichtung eines Impfreisters zentral, denn wir können nicht unvorbereitet in die nächste Welle rennen. Wir brauchen verlässliche Zahlen und genaue Daten. Zum einen können wir nicht dauerhaft abhängig von den Daten anderer Länder sein, um die Wirksamkeit von Impfstoffen evaluieren zu können oder die Gefährlichkeit von Mutationen zu beurteilen. Zum anderen brauchen wir endlich ein belastbares Lagebild hinsichtlich unserer eigenen Situation. Ohne geht es einfach nicht.

Wie wird die SPD-Bundestagsfraktion dieses Thema jetzt angehen?

»Mit größter Eile. Das Scheitern der Impfpflicht ist zunächst ein kleineres Problem – wenn neue Varianten auftreten kann man auch hier noch nachsteuern. Die Infrastruktur, die wir brauchen, bauen wir aber nicht von heute auf morgen auf. Dazu zählen das Impfreister, die Finanzierung der Impfbauten, die Digitalisierung der Gesundheitsämter und allgemeine Verbesserungen bei den Gesundheitsdiensten, um auf eine neue Welle besser reagieren zu können.

Martina Stamm-Fibich ist seit 2013 Mitglied im Ausschuss für Gesundheit im Deutschen Bundestag.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Die „Zeitenwende“ nicht nur militärisch denken

Am 24. Februar 2022 zerschlug Wladimir Putin die europäische Friedensordnung, die seit Ende des Kalten Krieges bestand. Dieser Angriff auf die Ukraine hat Folgen. Von einer außen- und sicherheitspolitischen „Zeitenwende“ war die Rede. Aber viele, auch zivile Maßnahmen sind notwendig, um angemessen auf die neue Bedrohungslage zu reagieren.

Täglich sehen wir schreckliche Bilder aus der Ukraine. Wir sehen am Berliner Hauptbahnhof Geflüchtete mit Plastiktüten, in der all ihre verbliebene Habe Platz hat. Für uns ist klar: Wir stehen weiterhin fest entschlossen und solidarisch an der Seite der Ukraine!

Wir liefern jetzt Waffen in die Ukraine. Der Kanzler hat von der „Zeitenwende“ gesprochen. Die Bundesregierung hat 100 Milliarden Euro als Sondervermögen für die Bundeswehr auf den Weg gebracht. In den letzten Jahren ging es, wenn wir über die Bundeswehr gesprochen haben, meist um die Auslandseinsätze. Durch den Krieg in der Ukraine ist klar geworden: Wir müssen unsere Freiheit, unsere offene Gesellschaft und unseren Wohlstand auch wieder in Europa schützen.

Wir wissen nicht, wie weit Putin gehen könnte. Um auf das Schlimmste vorbereitet zu sein, müssen wir die Bundeswehr in die Lage versetzen, Deutschland oder das NATO-Gebiet im Falle des Falles verteidigen zu können. Die EU muss sich zudem selbst verteidigen können und darf sich nicht alleine auf Verbündete verlassen – Stichwort Donald Trump. Übrigens: Das Sondervermögen muss nicht im Bundeshaushalt verrechnet werden. Zukunftsinvestitionen in die soziale Sicherheit, in den Klimaschutz und in die Digitalisierung bleiben davon unberührt.

gen können und darf sich nicht alleine auf Verbündete verlassen – Stichwort Donald Trump. Übrigens: Das Sondervermögen muss nicht im Bundeshaushalt verrechnet werden. Zukunftsinvestitionen in die soziale Sicherheit, in den Klimaschutz und in die Digitalisierung bleiben davon unberührt.

„Wir müssen unsere Freiheit und unseren Wohlstand auch wieder in Europa schützen.“

Gerade für die Sozialdemokratie steht fest: Sicherheitspolitik ist nicht nur militärisch, sondern viel mehr – und vor allem – zivil! Wir werden sogar jetzt noch versuchen, den **Dialog** mit Russland aufrechtzuerhalten. Diplomatie und Verhandlungen sind hinsichtlich aller Konflikte der Weg unserer Wahl. Und dass das – wenn auch zarte – Früchte tragen kann, hat Libyen ja gezeigt. Wir werden auch weiter in Diplomatie, in Krisenprävention und Stabilisierung weltweit investieren.

Die SPD braucht keine Zeitenwende, um die zentrale Bedeutung von **Entwicklungszusammenarbeit** zu erkennen. Seit Jahren haben wir steigende Mittel durchgesetzt. Auch 2022 geben wir 0,7 Prozent unseres Bruttonationaleinkommens für Entwicklung und verwandte Maßnahmen aus. Allein die humanitäre Hilfe wird 2022 auf über zwei Milliarden Euro aufgestockt. Wir werden sehen, ob das alles reicht. Die Ukraine und Russland waren wichtige Nahrungsmittel-Lieferanten für Entwicklungsländer. Dort drohen Hungersnöte, wenn Getreide ausbleibt.

Energiepolitik ist viel mehr als früher zur Sicherheitspolitik geworden. Wo möglich werden wir hier die deutlichste Zeitenwende erleben. Kurzfristig müssen wir uns nach Alternativen zu russischem Gas umsehen. Die Politik hat das bereits aufs Gleis gesetzt: EU und Bundesregierung arbeiten mit Hochdruck, unabhängiger von Russland zu werden. Dazu setzen wir unter anderem auf Flüssiggasterminals. Auch das kürzlich im Bundestag verabschiedete Gasspeichergesetz zielt darauf ab, von Russland unabhängiger zu werden.

Langfristig ist Fracking-Gas aus den USA nicht der Weisheit letzter Schluss. Wir müssen noch schneller unabhängig von allen fossilen Energieträgern werden und auf Erneuerbare Energie setzen. Dieser Prozess darf jedoch nicht die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in Deutschland treffen. Dafür steht die SPD.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Petition erreicht das Plenum

Im Bereich der Beihilfe sind Angehörige mitversichert, aber nicht antragsberechtigt, die Privatsphäre ungeschützt. Das soll sich jetzt ändern.

Am Donnerstag durfte ich im Plenum zu einem einstimmigen Beschluss des Petitionsausschusses sprechen. Dabei ging es um die Reform der Beihilfe bzw. des Antragsrechts für Angehörige.

Kern des Problems ist, dass die Beihilfe ein Anrecht der jeweiligen BeamtInnen ist. Angehörige sind zwar mitversichert, aber selbst nicht antragsberechtigt.

Im Falle der Petition führte dies dazu, dass eine junge Frau von einer Psychotherapie Abstand nahm als sie

erfuhr, dass ihr Vater im Zuge der Rechnungsstellung Kenntnis davon erhalten würde. Zwar gibt es die Möglichkeit eines eigenen Antragsrechts für Angehörige, allerdings erfordert auch das die Anhörung des Beihilfeberechtigten. Dabei wird diesem natürlich deutlich, dass hier etwas verborgen werden soll.

Der Ausschuss hat nun zurecht gesagt: Das darf so nicht sein. Diese Regelung ist gefährlich, nicht zeitgemäß und gerecht ohnehin nicht. Die informationelle Selbstbestimmung ist wichtiger als die Eigentümlichkeiten

des Beamtenrechts. Die Bundesregierung muss das Problem angehen. Darauf wird der Ausschuss achten. Besonders freue ich mich in diesem Zusammenhang darüber, dass diese Petition sehr gut die besondere Rolle des Petitionsausschusses verdeutlicht, der oft mit Anliegen konfrontiert wird, die entweder wenige Menschen betreffen oder denen die große Aufmerksamkeit fehlt.

Auch dass es dem Ausschuss nach wie vor gelingt – über alle Fraktionsgrenzen hinweg – einstimmig zu handeln, ist ein hohes Gut.

Austausch mit der SED-Opferbeauftragten

Am Mittwoch war die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke (Foto) im Petitionsausschuss zu Gast, um gegenseitig Einblicke in die Arbeit zu erhalten und einige Fälle zu besprechen, die sowohl bei ihr als auch im Petitionsausschuss anhängig sind.

Es ging zunächst um die diversen Einzelfälle, die den Ausschuss und die Opferbeauftragte beschäftigen. Es gibt nachweisbar einige Fälle bei denen Menschen Unrecht erlitten haben, eine gesetzliche Regelung für Entschädigungen aber nicht möglich bzw. nicht zielführend ist.

Da sich sowohl der Petitionsausschuss als auch Frau Zupke um die

Einrichtung von Härtefallfonds bemühen, kam man überein, in Kontakt zu bleiben und einander zu unterstützen, um den Betroffenen Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen.

Aufgrund der Überschneidungen einigten wir uns darauf, künftig enger zusammenzuarbeiten. Die Opferbeauftragte fungiert dabei als alternative und ergänzende Ansprechpartnerin bei Fragen des Ausschusses zur



Foto: Köhler/photothek/DBT

Sachverhaltsaufklärung. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und hoffe, dass wir gemeinsam unseren Beitrag leisten können, um den verbliebenen Opfern des SED-Regimes möglichst schnell zu helfen!



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

30 Milliarden Euro Entlastung bei Steuern und Energie

Die SPD-geführte Ampelkoalition hat zwei umfangreiche Entlastungspakete für Verbraucherinnen und Verbraucher beschlossen. Vieles ist schon auf den Weg gebracht – die Steuerentlastungen hat der Bundestag diese Woche beraten.

Schon Ende Februar hat die Bundesregierung ein erstes Entlastungspaket auf den Weg gebracht. Das angesichts weiter hoher Energiepreise nun beschlossene, zweite Paket ergänzt es um weitere kräftige Maßnahmen. Beide zusammen ergeben ein kluges Bündel, das vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern, mittelständischen und kleinen Unternehmen und der Wirtschaft helfen wird. Insgesamt werden sie durch beide Pakete um rund 30 Milliarden Euro entlastet. Diese Woche haben wir mit dem Steuerentlastungsgesetz 2022 einen wichtigen Baustein des ersten Paketes in erster Lesung beraten.

Das Steuerentlastungsgesetz 2022 sieht folgende Maßnahmen vor:

- Rückwirkende **Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags** bei der Einkommensteuer um 200 Euro auf 1.200 Euro
- **Anhebung des Grundfreibetrags** für 2022 von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro
- **Anhebung der Fernpendlerpauschale** (ab dem 21. Kilometer) auf 38 Cent

Alle Maßnahmen sollen rückwirkend zum 1. Januar 2022 gelten.



PIXABAY.DE / NATTANAN23

Die weiteren Maßnahmen der beiden Entlastungspakete sind:

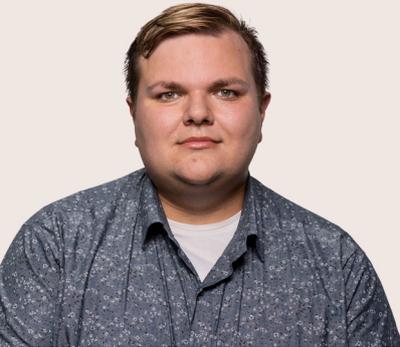
- **300 Euro Energiepreispauschale** für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige. Selbständige erhalten einen Vorschuss über eine einmalige Senkung ihrer Einkommensteuer-Vorauszahlung.
- **270 Euro Heizkostenzuschuss** für Wohngeldbeziehende, Auszubildende und Studierende mit geringem Einkommen. Zwei- und Mehr-Personen-Haushalte erhalten höhere Beträge.
- **200 Euro Einmalzahlung** für alle, die Arbeitslosengeld II, Grundsicherung oder Sozialhilfe beziehen
- **Abschaffung der EEG-Umlage**

und damit niedrigere Strompreise zum 1. Juli 2022

- **Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder** in Höhe von 20 Euro pro Monat
- **Absenkung der Energiesteuer** auf Kraftstoffe für 3 Monate um etwa 30 Cent pro Liter Benzin und 14 Cent pro Liter Diesel – das entlastet auch Verkehrsbetriebe und Logistik unbürokratisch
- **9-Euro-ÖPNV-Monatsticket** für 3 Monate und alle Bürgerinnen und Bürger

Manche Maßnahmen wie den Heizkostenzuschuss, von dem voraussichtlich rund 2,1 Millionen Menschen profitieren werden, haben wir bereits beschlossen – das Geld soll ohne Antrag direkt ausbezahlt werden. Auch die Abschaffung der EEG-Umlage haben wir bereits in erster Lesung beraten.

Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, durch kartell- und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen sicherzustellen, dass sinkende Rohstoffpreise und die Absenkung der Energiesteuern sowie die Abschaffung der EEG-Umlage an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Das Ticket „9 für 90“ kommt

Koalitionsausschuss beschließt dreimonatige Entlastung bei den Kosten für den ÖPNV. Pilotprojekt mit Langzeitwirkung für eine Wende bei der Mobilität.

Der zerstörerische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein krasser Bruch des Völkerrechts. Die Kriegsverbrechen, die gerade in der Ukraine passieren, erschüttern uns alle zutiefst.

Auch hier in der Bundesrepublik spüren wir die Auswirkungen des Krieges – insbesondere bei den hochschnellenden Energiepreisen. An der Zapfsäule, der Supermarktkasse oder den Heizkosten. Als SPD-Bundestagsfraktion ist es uns wichtig, schnell für eine Entlastung der Menschen zu sorgen, gerade für die Menschen, die zurzeit besonders unter den Preissteigerungen leiden.

Der Koalitionsausschuss hat bereits am 23. März umfangreiche Entlastungen beschlossen, unter anderem das sogenannte 9 für 90 Ticket, das für mich als Verkehrspolitiker besonders wichtig ist. Das bedeutet, wir führen 90 Tage ein Ticket für 9 Euro im Monat („9 für 90“) ein und werden die Regionalisierungsmittel so erhöhen, dass die Länder dies stemmen können.

Damit sorgen wir nicht nur für eine enorme Entlastung, die im Geldbeutel vieler Menschen spürbar sein wird, sondern treiben auch aktiv die Mobilitätswende voran. Der öffentliche Nahverkehr wird dadurch gerade in der aktuellen Situation für viele Bürger:innen eine notwendige, leistungsfähige und kostengünstige Alternative zum eige-



Das Ticket "9 für 90" soll nicht nur den Geldbeutel entlasten, sondern auch einer breiten Bevölkerungsschicht einen Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr schmackhaft machen.

nen Pkw und gleichzeitig eben auch das umweltfreundlichste Verkehrsmittel neben dem Fahrrad.

Dieser wegweisende Vorschlag hat vor allem erstmal viele Fragen zur Umsetzung aufgeworfen – auch bei uns. Wir sind in enger Abstimmung mit dem Bundesverkehrsministerium, den Ländern und Verkehrsverbänden, um schnell für Klarheit zu sorgen. Fest steht: Das Ticket gilt bundesweit, ab dem 1. Juni für drei Monate für Bestands- und Neukund:innen. Natürlich müssen wir auch weiterhin nachschärfen. Gerade die Perspektive von zum Beispiel Studierenden, Auszubildenden und Schüler:innen darf nicht unter den Tisch fallen. Ebenso bleibt wichtig zu betonen, dass allein ein günstiges

Ticket keinen leistungsfähigen ÖPNV schafft. Gerade auf dem Land mangelt es an der passenden Infrastruktur. Wenn der Bus nur zwei Mal am Tag fährt, bleibt auch das günstigste Ticket wirkungslos – und dennoch ist dieser Schritt eine unfassbare Chance für unsere Mobilitätswende.

Das Ticket ist nicht nur eine Entlastung für 90 Tage, sondern auch Grundlage für uns wertvolle Erkenntnisse über die Potentiale des ÖPNV zu erkennen. Wir werden die Nachfrage und Nutzung in diesem Zeitraum evaluieren und vor allem Schlüsse für das weitere Vorantreiben der Mobilitätswende ziehen können. Ein bisher nie dagewesenes Pilotprojekt – mit großem Potential.